



Neue Bildungs- und Erziehungsgrundsätze

Das MSB hat neue [Bildungs- und Erziehungsgrundsätze](#) verabschiedet. Diese regeln die Grundlagen und Ziele allen pädagogischen Handelns an Schule und sind neben Kernlehrplänen verbindlich: Erstmals für alle allgemeinbildenden Schulformen und -stufen zusammen.

Die Inhalte klingen gut: Es geht um Bildung zu mündigen Staatsbürger*innen, zu Toleranz und Demokratie, zu ökonomischen Grundkenntnissen, auch zu ökologischem und gendersensiblen Denken und gegen Extremismus. Schule darf ruhig kontrovers sein, es sollen verschiedene Auffassungen aufeinandertreffen und verhandelt werden – aber im Geist und auch unter praktischen Bedingungen von Toleranz und Mitbestimmung. Wichtig ist natürlich auch fachliches Lernen, selbstverständlich der kritische Umgang mit Digitalität, inklusive der produktiven, aber reflektierten Nutzung von KI. Neu ist ein starker Fokus auf die Bedeutung der deutschen Sprache.

Die Vorgaben leiden aber darunter, sehr allgemein und vage gehalten zu sein. Bei einem so allumfassenden Gültigkeitsanspruch ist das vielleicht auch nicht anders möglich, es bleibt aber die Frage nach der praktischen Relevanz. Die Grundsätze sollen verbindlich sowohl für Schulen als Ganzes (in Schulentwicklungsfragen) als auch für einzelne Lehrer*innen (bei der Unterrichtsplanung) sein.

Für eine substanzielle Verbesserung der Bildungsergebnisse müssten den schönen Worten nun konkrete und sinnvolle Unterstützungsangebote und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte folgen. Erst dadurch würde eine wirkungsvolle Umsetzung der Grundsätze überhaupt möglich werden.

Digitalpakt 2.0

Bereits voriges Jahr ist der Digitalpakt ausgelaufen, Mittel für die Unterstützung der Kommunen bei Neu-/Ersatzanschaffungen z.B. digitaler Endgeräte oder gar zur Verbesserung der Digitalausstattung von Schulen waren daher aus diesem Topf nicht mehr zu bekommen. Trotz der offensichtlichen Dringlichkeit hatten Bund und Länder es nicht geschafft, rechtzeitig einen Digitalpakt 2.0 zu vereinbaren. Hauptstreitpunkt war die Aufteilung der Kosten bzw. die Frage, welche von den Ländern ohnehin getätigten Ausgaben auf ihren Anteil am Digitalpakt angerechnet werden konnten.

Nach dem Ende der Ampelkoalition ist es Interims-Bildungsminister Özdemir nun überraschend gelungen, sich mit den Ländern zu einigen, der Digitalpakt 2.0 ist da. Allerdings fehlt nach wie vor ein Bundeshaushalt für das aktuelle Jahr, d.h. die zugesagten, ohnehin stark gekürzten Bundesmittel sind noch nicht gesichert, die Einigung könnte von einer neuen Regierung ab Februar auch wieder einkassiert werden.

[Die GEW begrüßt die Einigung grundsätzlich](#), kritisiert aber, dass die zugesagten Mittel ganz erheblich hinter den tatsächlichen Bedarfen zurückbleiben und darüber hinaus auch nicht effizient und gerecht verteilt werden sollen.

Für Sie im Kölner
Bezirkspersonalrat
Gymnasium/WBK:

Andrea Belke
0228 42 22 960
andrea.belke@gew-nrw.de

Dr. Alexander Fladerer
0221 43 05 633
alexander.fladerer@gew-nrw.de

Myriam Welter
0241 70 19 20 10
myriam.welter@gew-nrw.de

Heribert Schmitt
02205 89 53 17
heribert.schmitt@gew-nrw.de

Heike Wichmann
0221 42 23 54
heike.wichmann@gew-nrw.de

Andreas Haenlein
0175 652 30 22
andreas.haenlein@gew-nrw.de

Thorsten de Jong
015 777 811 999
thorsten.de.jong@gew-nrw.de

Dr. Bettina Mosbach
0228 96 100 642
bettina.mosbach@gew-nrw.de

Ersatzmitglied:
Michael Odinius
0221 47 58 713
michael.odinius@gew-nrw.de

Im Hauptpersonalrat:
Heribert Schmitt
02205 89 53 17
heribert.schmitt@gew-nrw.de

www.gew-nrw.de



KI korrigiert schlecht

Überall, wo ausgedünnte und überlastete Belegschaften der immer neuen Aufgaben nicht mehr Herr werden, ruhen neuerdings große Hoffnungen auf künstlicher Intelligenz, die irgendwie für Erleichterung sorgen soll. Nun also auch in der Schule. Das Hamburger Unternehmen Fobizz vermarktet eine KI, die in der Lage sein soll, Lehrer*innen bei der [Korrektur von Klassenarbeiten zu unterstützen](#) und [Schüler*innen hilfreiches Feedback](#) zu geben. Zwar wird eine Nutzung der KI für die Notenbestimmung ausgeschlossen (und wäre auch gar nicht erlaubt), aber auch als Unterstützungstool würde sie viel Arbeit ersparen und gleichzeitig häufigeres und umfangreicheres Feedback ermöglichen.

Klingt zu gut, um wahr zu sein? Ist es auch. Rainer Mühlhoff von der Uni Osnabrück und Marte Henningsen von der Uni Maastricht [haben das Tool untersucht](#) und kamen zum Ergebnis, dass das KI-Feedback in der Praxis wenig brauchbar ist. Bemängelt wurden v.a. uneinheitliche Bewertungen, unzuverlässige Fehlererkennung, inkonsistente Umsetzung von Bewertungskriterien und inkonsistentes Feedback. Auch führte die Umsetzung der von der KI gemachten Verbesserungsvorschläge nicht zuverlässig zu einer besseren Bewertung und, schlimmer noch: Eine Bestnote war nur durch von ChatGPT erzeugte Texte erreichbar.

Wir meinen: Gute Arbeit braucht Zeit – KI kann in vielen Feldern entlasten, bei der Korrektur und Benotung aber (noch?) nicht. Statt in teure KI-Lizenzen sollten die Länder lieber in Lehrer*innen aus Fleisch und Blut investieren.

Statistik zu Unterrichtsausfall veröffentlicht

Das MSB erfasst schon seit Jahren den Unterrichtsausfall an staatlichen Schulen. Seit diesem Jahr werden die Ergebnisse [schulscharf und sehr detailliert im Internet veröffentlicht](#). Über die Aussagekraft und die Konsequenzen, die aus dieser Erhebung zu ziehen sind, lässt sich sicher streiten, zumal der größte Teil des Unterrichtsausfalls sich nicht etwa unter »ersatzloser Ausfall« (Landesschnitt Gymnasien 2023/24: 5,2%), sondern unter »Unterricht in besonderer Form« bzw. »Maßnahme mit Lehrkraft bei unveränderter/veränderter Lerngruppe« (5,3% bzw. 9,1%/0,7%) verstecken dürfte.

Wir fordern, die Erhebung einzustellen, wenn Schulen als Konsequenz keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dem Unterrichtsentfall entgegenzuwirken. So werden landesweit für die Erfassung der Daten enorme Stellen-Ressourcen verbraucht, die sinnvoller genutzt werden könnten.

GEW und ver.di verlassen Twitter/X

Seit der Übernahme durch Elon Musk entwickelt sich Twitter/X immer mehr zu einer Plattform, die rechtsextreme Positionen nicht nur zulässt und verbreitet, sondern sogar bevorzugt und bewirbt. Jüngstes Beispiel ist das Live-Gespräch Elon Musks mit Alice Weidel auf X. Die [GEW und ver.di ziehen sich daher nach 15 Jahren von diesem Nachrichtendienst zurück](#), ein Schritt, den die GEW nrw bereits Ende vorigen Jahres unternommen hat – auch wenn diverse, nunmehr tote, Links auf der Website anderes vermuten lassen.

Kurznachrichten der GEW gibt es weiterhin, nun aber auf [Bluesky unter @gew.de](#).

**Wie können wir Ihnen helfen? Haben Sie noch Fragen?
Wenden Sie sich an Ihre GEW Personalräte!**